

Ferree, Myra Marx

Aufstieg und Untergang der "Muttipolitik": Feminismus und deutsche Vereinigung

Diskurs 2 (1992) 1, S. 60-65



Quellenangabe/ Reference:

Ferree, Myra Marx: Aufstieg und Untergang der "Muttipolitik": Feminismus und deutsche Vereinigung - In: Diskurs 2 (1992) 1, S. 60-65 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-67015 - DOI: 10.25656/01:6701

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-67015>

<https://doi.org/10.25656/01:6701>

in Kooperation mit / in cooperation with:



**Deutsches
Jugendinstitut**

www.dji.de/diskurs

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

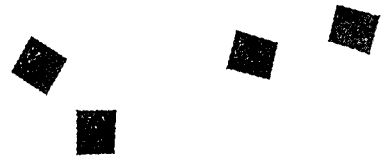
Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

DISKURS

**Studien zu Kindheit,
Jugend, Familie
und Gesellschaft**



Der DISKURS informiert aktuell und konzentriert über Forschungsergebnisse aus dem In- und Ausland und dient so der Verständigung zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

THEMA

Kindheit heute – Aufwachsen in der Moderne

Gaiser, Nissen

Kindheit heute – Aufwachsen in der Moderne 2
Kindheit als eigenwertige Lebensphase zu betrachten, sie kindgemäß zu gestalten und in diesem Sinne Forschung zu betreiben, ist Projekt der Moderne.

Preuss-Lausitz

Ganztägig offene Schulen aufgrund veränderter Kindheit? 6
Durch den Wandel von Kindheit brauchen Kinder heute veränderte Schulen mit mehr Raum und Zeit für soziales Lernen.

Engelbert

Wie »teuer« sind Kinder? Wert und Kosten von Kindern für Familien und Gesellschaft 12
Unumstritten ist der hohe Wert von Kindern für die Familie und die Gesellschaft. Wer aber trägt die Kosten?

Colberg-Schrader

Kindheitsforschung für die Praxis 22
Forschung für Kinder interessiert sich auch für die Angebote, die der Sozialstaat für Kinder bereitstellt. Welche Orte und welche Konzepte könnten für sie angemessen sein?

Ulich, Oberhuemer

Wer gehört zu einer Familie? Die Perspektive von Kindern 28
Was ist »Familie« aus der Sicht von Kindern? Wer alles gehört dazu? Haben sie Wunschkonzepte von »Familie«?

Nissen, deRijke

Was tun Kinder am Nachmittag? 35
Verhäuslicht, verinselt und verplant? Eine empirische Studie über das Freizeitverhalten setzt sich kritisch mit Thesen über eine modernisierte Kindheit auseinander.

Krappmann

»Nun spielt doch endlich etwas Schönes!« Aushandeln, Streit und Freundschaften in der Kinderwelt 44
Im Aushandeln, Streit und den Freundschaften erwerben Kinder soziale Strategien sowie kognitive und moralische Kompetenzen.

INTERVIEW

Gibt es Universalien in der Kindererziehung? 51
Der international renommierte Sozialisationsforscher Urie Bronfenbrenner betont die Verantwortung der Erwachsenen, in liebevoller Zuwendung zu Kindern einen Weg zwischen Chaos und Kontrolle zu finden.

VARIA

Waldmann, Straus

Identität und soziale Netzwerke. Ein Vergleich von ost- und westdeutschen Jugendlichen 53
Die Bedeutung sozialer Netze variiert mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Umständen und den jeweiligen Strategien der Lebensbewältigung.

Marx Ferree

Aufstieg und Untergang der »Muttipolitik«: Feminismus und deutsche Vereinigung 60
Auch aus amerikanischer Perspektive ist die Entwicklungsdynamik der Vereinigung der beiden deutschen Staaten folgenreich für die Frauenpolitik.

LITERATUR-REPORT

Seifert

Sexueller Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen 66
Neuere Publikationen zum sexuellen Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen werden kritisch vorgestellt.

Bruner

Abstracts zum Thema »Sexueller Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen« 73

ZUSAMMENFASSUNGEN/ SUMMARIES/ RÉSUMÉS

..... 75

Myra Marx Ferree

Aufstieg und Untergang der »Mutti- politik«: Feminismus und deutsche Vereinigung



Myra Marx Ferree, geboren 1949, Professorin für Soziologie und Frauenforschung, Fachbereich Frauenforschung an der Universität von Connecticut. 1985 Gastprofessorin an der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität in Frankfurt am Main, erhielt 1990–1991 ein Forschungsstipendium des German Marshall Fund, um ihre Arbeiten über die Institutionalisierung des Feminismus zu vertiefen. Zu ihren neueren Veröffentlichungen zählt sie: »Analyzing Gender: A Handbook of Social Science Research« (zusammen mit Beth Hess), 1987 Sage Publications; »Beyond Separate Spheres: Feminism and Family Studies« in *Journal of Marriage and the Family* 1990, 52 (4); »Institutionalizing Gender Equality: Feminist Politics and Equality Offices« in *German Politics and Society*, 1991–2 (Winter), und »Political strategies and feminist concerns in the U. S. and the Federal Republic of Germany: Race, class and gender« in *Research in Social Movements, Conflict and Change*, Bd. 13, 1991, JAI Press.

Korrespondenzanschrift:
Professor Myra Marx Ferree
Department of Sociology U-68
University of Connecticut
Storrs CT 06269-2068/USA

Die friedlichen Revolutionen in Osteuropa im Jahr 1989 leiteten eine Ära des Wandels ein, am radikalsten und schnellsten erfolgte er in Ostdeutschland. Während sich der Wandel in den anderen Ländern Osteuropas nur allmählich vollzieht, waren die Frauen der ehemaligen DDR sofort nach der Wende mit völlig neuen Lebensbedingungen konfrontiert, die sich gründlich von jenen unterscheiden, in denen sie aufwuchsen und an denen sie bisher ihr Leben orientierten. Einigen Frauen eröffnen sich dadurch zwar sicher neue Chancen, für die meisten Frauen stellt aber der Wandel eine Krise ungeheuren Ausmaßes dar.

Die Frauen sollten allerdings nicht nur als Opfer der Wende gesehen werden, es gilt auch, die aktive Rolle zu verstehen, die sie darin spielten. Stärker als in anderen osteuropäischen Ländern nahmen die DDR-Frauen aktiv an der gewaltlosen Revolution teil, die zum Umsturz des Staates führte (Hampele 1991). Besonders kennzeichnend für die DDR war die Tatsache, daß es dort zu einem regelrechten Aufbruch autonomer feministischer Aktivitäten kam (Kahlau 1990). DDR-Frauen kämpften nicht nur an der Seite der Männer für eine neue soziale Ordnung, sondern entwickelten eine charakteristische Analyse des Verhältnisses der Geschlechter und eigenständige Organisationen. Diese feministischen Organisationen und Perspektiven, die sich erst kürzlich von der Dominanz der Prioritäten der DDR-Politik befreien, kämpfen nun um ihr Überleben unter stark veränderten Umständen: der Anpassung an das westdeutsche politische System, einem gravierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Abschaffung vieler sozialer und ökonomischer Hilfen für Mütter.

Dieser Aufsatz gibt einen kurzen Überblick über die Entstehung des Feminismus in der früheren DDR und skizziert die Chancen und Hindernisse, mit denen die Feministinnen konfrontiert sind. Der Aufsatz gliedert sich in drei Abschnitte. Er beginnt mit einer kurzen Darstellung des Status der Frau in der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer problematischen Beziehung zum Staat, eine Beziehung, die sie sowohl als Nutznießerin der großzügigen sozialen Unterstützung der Mutterschaft durch den Staat als auch Objekt von Diskriminierung aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit bestimmt. Im zweiten Abschnitt führe ich die Gründe dafür an, daß diese Lage in Verbindung mit gewissen sozialen Netzwerken zur besonders starken Mobilisierung der Frauen in der DDR beitrug. Im letzten Abschnitt skizziere ich einige der Widersprüche, vor denen die Frauen der ehemaligen DDR nach dem Zusammenbruch der DDR-»Muttipolitik« und der Einführung der weniger großzügigen,

aber nicht weniger geschlechtsspezifischen politischen Maßnahmen in der erweiterten Bundesrepublik stehen.

Die hier dargebotene Beschreibung wie die Analyse beruhen sowohl auf einer Sichtung der Veröffentlichungen zu diesem Thema als auch auf Beobachtungen und Interviews, die in Ost- und Westdeutschland unmittelbar vor und nach der Vereinigung (September bis November 1990) sowie im Sommer danach (Mai bis August 1991) gemacht wurden.

Staatliche Politik und geschlechtsspezifische Strategien

Ein Hauptgrund für das einzigartige Mobilisierungspotential der DDR-Frauen lag in der besonderen Form der Frauenemanzipation dieses Staates. Verglichen mit anderen osteuropäischen Ländern war die DDR verhältnismäßig wohlhabend und sah sich eher zur direkten Förderung der Frauen verpflichtet (Einhorn 1989). Jahrzehntlang verkündete die SED die erfolgreiche Emanzipation der Frau kraft ihrer spezifischen Politik gleicher Rechte. Im Unterschied zu anderen Ostblockländern behauptete die SED-Führung nicht, daß sich die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern von sich aus aufheben wird (Penrose 1990).

In den frühen 70er Jahren machte die Regierung jedoch eine Kehrtwendung in ihrer Politik. Zuvor hatte die Partei eine konventionelle sozialistische Politik der Gleichheit vertreten: Es ging ihr darum, die Frauen zu gleichen Bedingungen wie die Männer in das Erwerbsleben einzubeziehen. Ihre Sorge um die sinkende Geburtenrate führte zu dem, was Betty Friedan 1981 in den USA die »stage two«-Politik der Frauenemanzipation nannte: zur Einführung von Maßnahmen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Die Gestaltung dieser neuen Politik schuf einen Widerspruch, den einige Frauen durch ihre feministische Kritik zu lösen suchten.

Stufe eins: Politik der Gleichstellung

Die DDR konnte zu Recht von sich behaupten, sie habe die Frauen nicht nur zum Eintritt in die bezahlte Arbeit ermutigt, sondern sie auch beruflich qualifiziert; im Jahr 1989 waren 91 % der ostdeutschen Frauen im erwerbsfähigen Alter beschäftigt, und 87 % hatten eine abgeschlossene berufliche Ausbildung (Schenk 1990). Die Hälfte aller Hochschulstudierenden waren Frauen, und es gab auch kein Defizit in den offiziellen beruflichen Qualifikationen zwischen Männern und Frauen unter 40 (Nickel 1990a).

Diese Leistungen lassen sich sowohl auf den angenommenen Arbeitskräfteman-

gel in der DDR zurückführen als auch auf die ideologische Verpflichtung zur Gleichstellung der Frau, die im Rahmen der klassischen sozialistischen Theorie so verstanden wurde, daß auch die Frauen »produktive« Arbeit leisten sollten. Die Definition der produktiven Arbeit blieb jedoch nach wie vor dem Ideal der Vollzeitbeschäftigung des männlichen Arbeiters verpflichtet (Nickel 1990a; Malek-Levy 1990). Theoretisch gesehen ist im klassisch-marxistischen Begriff des »Arbeiters« ein Mann unterstellt, der von der Verantwortung für die Reproduktionsarbeit freigestellt ist (Röth 1990).

Von 1949 bis 1972 führte die DDR allmählich eine Reihe von politischen Maßnahmen ein, um Frauen zu ermutigen, dieses Ideal in ihrem Leben anzu-

streben: erstens das Recht auf Arbeit mit dem Druck, eine Vollzeitbeschäftigung anzunehmen; zweitens spezifische Förderungsprogramme, um die Frauen höher zu qualifizieren und in traditionellen Männerberufen unterzubringen; drittens Bemühungen, ausreichende Kindereinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Alle drei förderten das Muster der lebenslangen Vollzeitbeschäftigung, das die männliche Norm war (Einhorn 1989; Penrose 1990).

So waren bis 1972 sowohl die offizielle ideologische Verankerung als auch spezifische konkrete politische Maßnahmen vorhanden, die die Gleichheit als Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Rahmen einer von der Erwerbsarbeit geprägten Lebensweise definierten. Diese Gleichheit wurde zwar nie erreicht, ihre Bedeutung als gesellschaftliche Norm sollte aber nicht unterschätzt werden. Diese formale Gleichheit wurde jedoch zum Vorwand, die Diskussion über bleibende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern im Keim zu ersticken und die Probleme, die Frauen nach wie vor hatten, auf ihre persönlichen Unzulänglichkeiten zurückzuführen (Nickel 1990b; Gabriel 1991a). Da man von ihnen erwartete, daß sie sich wie Männer verhalten, reagierten die Frauen, indem sie ihre Re-

produktionsarbeit auf die unter diesen Umständen einzig mögliche Art und Weise einschränkten: Sie bekamen weniger Kinder. Dies verursachte einen Wandel in der Politik der SED.

Stufe zwei: »Muttipolitik«

Von Anfang der 70er Jahre an führte die DDR spezifische Maßnahmen ein, um es den Frauen zu erleichtern, die Erwerbsarbeit mit der Mutterschaft zu verbinden. Zweck dieser Politik war es erklärtermaßen, das Sinken der Geburtenrate zu stoppen, ohne zu Zwangsmaßnahmen schreiten zu müssen (Einhorn 1989; Penrose 1990). Aufgrund dieser Überlegungen führte die Regierung zuerst die Fristenlösung bei der Abtreibung ein und bot Frauen zur Empfängnisverhütung kostenlos die Pille an. Statt für den

Weg der Repression entschied sich die DDR für eine Politik der aktiven Ermutigung zur Mutterschaft durch eine Vielzahl geschlechtsspezifischer Anreize. Diese Maßnahmen, die gemeinhin als »Muttipolitik« apostrophiert werden, bilden die Grundlage der widersprüchlichen Erfahrung der DDR-Frauen, sowohl jener, die jung genug waren, um persönliche Erfahrungen mit deren zweischneidigen Wirkungen zu machen (Ehrhardt 1990), als auch der älteren Frauen, denen diese Maßnahmen eine Abkehr von der Gleichheit signalisierten (Behrend 1990).

Zu den in den 70er Jahren eingeführten Maßnahmen, die in den 80er Jahren allmählich zunahmen, zählten: bezahlte arbeitsfreie Zeit für die Hausarbeit (eine Reduktion der »normalen« Arbeitswoche von 43½ auf 40 Stunden für Mütter von zwei oder mehr Kindern); ein »Babyjahr«, d.h. bezahlter Urlaub, für die Geburt des ersten Kindes, eineinhalb »Babyjahre« für das zweite und die folgenden Kinder; 4 bis 8 Wochen bezahlter Urlaub für die Pflege kranker Kinder. Die Kindereinrichtungen wurden gleichfalls ausgeweitet und verbessert, so daß im Jahr 1988 81% der Kinder im Vorschulalter hochsubventionierte öffentliche Einrichtungen besuchten. Trotz des »Babyjahres« konnten die

Kleinkinder nach Wunsch in Kinderkrippen der Gemeinde oder am Arbeitsplatz der Mutter untergebracht werden. Wenn das Kleinkind nicht versorgt oder wenn es krank war, konnte das bezahlte »Babyjahr« auf einen Zeitraum bis zu drei Jahren ausgedehnt werden, was immer häufiger in Anspruch genommen wurde (Berghan & Fritzsche 1990).

Der Zweck all dieser Maßnahmen war die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit, so daß die Väter nur unter außerordentlichen Umständen ein Babyjahr beanspruchen durften. Die Väter hatten rechtlich gesehen in etwa die gleiche Stellung wie die Großmütter: War die Mutter wegen Krankheit oder aus anderen Gründen nicht in der Lage, für ihr Kind zu sorgen, so daß ein Ersatz erforderlich war, konnte der Vater den Antrag stellen, für das Kind zu sorgen und dafür bezahlten Urlaub zu bekommen. Den Feministinnen in der DDR zufolge spiegelte die geschlechtsspezifische Gesetzgebung eine Denkweise wieder, die nicht nur die Frauen als Mütter definierte, sondern die Männer auch von jeglicher offiziellen Verantwortung als Väter entband (Nickel 1990b; Röth 1990; Merkel 1990). Diese geschlechtsspezifischen Maßnahmen führten zeitweilig zu einer Stabilisierung der ostdeutschen Geburtenrate. Der Höhepunkt wurde 1980 mit einer Geburtenrate von 14,6 pro Tausend erreicht. Die westdeutsche Geburtenrate, die 1970 noch gleich hoch war wie die der DDR (13,9), sank hingegen bis 1980 auf 9,6. Nach 1980 fiel auch in der DDR die Geburtenrate wieder und erreichte 1989 einen Stand von 12,0 pro Tausend, sie lag jedoch weiterhin höher als die Geburtenrate in der BRD (Frauenreport '90, S. 24). Die umfassende Versorgung der Kinder von Müttern, die sich noch in der Ausbildung befanden, ermutigte die Frauen, früh Kinder zu bekommen: 91 % aller Kinder wurden von Müttern unter 30 geboren, die Mehrheit der Mütter war unter 25 (Gysi 1990, S. 99–101). Die Frauen, die früh Kinder bekamen, heirateten keineswegs früh (wenn überhaupt): 1988 wurden 30 % aller Kinder und 52 % aller Erstgeborenen unehelich geboren (Gysi 1990). Dies wurde die Norm: Beispielsweise waren in den Studentenwohnheimen der Leipziger Universität ganze Stockwerke für alleinstehende Mütter und deren Kinder reserviert.

Der geschlechtsspezifische Charakter des »Babyjahres« und anderer sozialer Maßnahmen schrieb auch die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern im Haushalt als offizielle Politik des Staates DDR fest. Man erwartete immer von den Frauen und nur von ihnen, daß sie sich um die kranken Kinder kümmerten und die »zweite Schicht« der Hausarbeit bewältigten, da sie die einzigen waren, denen der Staat dafür Zeit »gab«. Das

Männerbild sah so aus, daß der Mann sich mitnichten um die Kindererziehung zu kümmern hatte (Röth 1990), und man erwartete auch gar nicht, daß die Männer von ihrem Beruf her die Möglichkeit dazu haben sollten, wie dies bei den Frauen der Fall war.

Die Hinwendung zur »Muttipolitik«, die Anfang der 70er Jahre begann, war mit einer spürbaren Zunahme der Geschlechtertrennung im Berufsleben verbunden (Nickel 1990a; Schenk 1990). Die Männer ärgerten sich über die sozialen Maßnahmen und bezeichneten sie als »unverdiente Privilegien«, und die Frauen hatten dankbar zu sein für das Privileg, eine Familie und einen Beruf haben zu können (Schwarz 1990; Tröger 1990). Das Frauenbild in den Medien betonte in dieser Zeit die »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« und spielte die Themen Gleichheit und Leistung herunter (Dölling 1990a; Penrose 1990). Weil die Frauen als unzuverlässige Arbeitskräfte, die häufig fehlen, definiert wurden, hielt man sie (und sie hielten sich selbst) für ungeeignet für die anspruchsvolleren und verantwortungsvolleren Positionen (Nickel 1990a; Bertram 1990). Bis 1987 waren die Frauen vorwiegend im Erziehungswesen tätig (77 %), im Gesundheitswesen und anderen Sozialeinrichtungen (86 %), sie durften nur die Hälfte der 289 anerkannten Berufe ausüben und befanden sich überwiegend auf den unteren Stufen der Hierarchie der Berufe, selbst auf frauentypischen Gebieten (Schenk 1990). Dennoch trugen die DDR-Frauen mit ihren Löhnen durchschnittlich einen doppelt so hohen Anteil zum Familieneinkommen bei wie in der BRD (40 % versus 18 %; Schenk 1990).

Frauen, die als Wissenschaftlerinnen oder Managerinnen ernstgenommen werden wollten, hatten gegen das allgemeine Vorurteil zu kämpfen, daß Mütter privilegiert und unzuverlässig sind. Da der Arbeitsplatz der wichtigste Ort der Identitätsfindung in der DDR war und die Achtung und Wertschätzung der Kollegen psychologisch von großer Bedeutung waren, bedeutete dies einen zunehmenden Angriff auf das Selbstwertgefühl tüchtiger und ehrgeiziger Frauen. Das geringe Bewußtsein von der nach wie vor bestehenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung führte dazu, daß die Rolle des Staates bei der Frauenförderung zwar als ungerecht empfunden wurde, daß es jedoch keine Gelegenheit gab, diese Themen am Arbeitsplatz zu diskutieren oder Alternativen zu formulieren (Gabriel 1991; Merkel 1990).

»Muttipolitik« und feministische Mobilisierung

Weil die »männlichen« – vom häuslichen Ballast gereinigten – Zeitverhältnisse als

Maßstab immer noch galten, war die »Muttipolitik« der DDR nur das Zugeständnis an die Frauen, diesem Standard nicht in vollem Umfang entsprechen zu müssen (Nickel 1990b:3). Die Diskriminierung bei der Berufswahl und der Beförderung war ab 1975 zunehmend weit verbreitet wie auch zunehmend rationalisiert als legitime Kosten, die die Frauen für ihre Privilegien zu bezahlen hatten. So erfuhren die Mädchen, die erst in den Jahren 1975 bis 1985 berufstätig wurden, eine ständige Verschlechterung ihrer Chancen und einen härteren Kampf um lukrative Angebote (Ehrhardt 1990; Bastian u.a. 1990). Darüber hinaus empfand eine erhebliche Zahl von Frauen das Babyjahr als eine Zeit schmerzlicher sozialer Isolierung und die unvermeidbare Unterstellung, daß sie als Frauen »natürlich« allein für die Kinder zu sorgen hätten, als Zumutung (Kretzschmar 1990: 66). Da die Frauen ihre Verantwortlichkeit für die Erwerbsarbeit als Teil ihres Selbstbildes internalisiert hatten, wurde es zunehmend als ungerecht wahrgenommen, daß die Männer weniger als 25 % der Hausarbeit machten und der Staat sie im wesentlichen »offiziell« von den häuslichen Verpflichtungen freigestellt hatte (Nickel 1990b; Kretzschmar 1990; Merkel 1990).

Die »Muttipolitik« der 70er und 80er Jahre war zwar darin erfolgreich, daß sie den Frauen die Vereinbarung von Erwerbstätigkeit und Mutterschaft erleichterte, doch war dies ein Erfolg auf Kosten der Selbstverpflichtung des Staates zur Gleichstellung, indem die Arbeitsteilung nach Geschlecht sowohl in der Familie als auch am Arbeitsmarkt stärker festgeschrieben wurde. Die Widersprüche zwischen den Erfolgsbilanzen des Staates zur Frauenfrage, dem eigenen Selbstbild der Frauen als Berufstätige und der sozialen Erfahrung, in erster Linie als Mütter zu gelten, wurden besonders deutlich empfunden von jüngeren Frauen (unter 40) und von Frauen mit Hochschulabschluß (Malek-Levy 1990; Ehrhardt 1990). Die Entstehung einer autonomen feministischen Bewegung in Ostdeutschland ist eine Reaktion auf diese widersprüchliche Randposition.

Mittel der Mobilisierung

Die widersprüchlichen Ansprüche der »Muttipolitik« bildeten zwar die Grundlage für die Entstehung des besonderen DDR-Feminismus, soziale Bewegungen bedürfen jedoch darüber hinaus struktureller Möglichkeiten, den gemeinsamen Charakter der Probleme zu erkennen und ihnen entgegenzutreten. Solche Zusammenhänge bildeten sich erstmals in den 80er Jahren heraus. Es entstanden drei sehr verschiedene Arten von Basisgruppen. Zuerst wurden die offensichtlichen politischen Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet,

die sich bisweilen auch mit den Themen Frauen, Gewalt und Militarismus auseinandersetzten. Zweitens bildeten sich spezifische Lesbengruppen, um die eigenen Erfahrungen zu diskutieren. In diesen Gruppen wuchs das Bewußtsein von den Auswirkungen der Frauendiskriminierung. Drittens begannen die während des Babyjahres nicht erwerbstätigen Mütter, sich in kleinen Gruppen zusammenzuschließen, um die soziale Isolierung zu überwinden, unter der sie litten. Sie stellten die »Natürlichkeit« der Erwartung in Frage, daß die Frauen die Kosten der Kindererziehung allein zu tragen haben, einschließlich des Verlusts an Geselligkeit zu Hause und der Diskriminierung in der Arbeitswelt. Getrennt von diesen Basisgruppen entwickelten sich an den Universitäten in den 80er Jahren auch allmählich Frauenforschungsgruppen.

So waren die DDR-Frauen nicht nur mit einer besonders widersprüchlichen Sozialpolitik konfrontiert, sondern hatten auch schon begonnen, wichtige soziale Netzwerke zu knüpfen, in deren Rahmen sie gemeinsam ihren Problemen entgegentreten konnten. Diese Netzwerke waren entscheidend für die Herausbildung des oppositionellen Bewußtseins, aus dem heraus sich dann autonome feministische Aktivitäten entwickeln konnten. Als die verschiedenen Lesben-, Friedens-, Mütter- und Frauenforschungsgruppen schließlich der Existenz der anderen Gruppen gewahr wurden (beispielsweise beim Frauenforum in Erfurt im Jahr 1988), rückten die gemeinsamen Probleme des Status Frau zunehmend in den Mittelpunkt (Schwarz & Zenner 1990a: 13). Zentraler Punkt war die alleinige Verantwortung der Frauen für die Hausarbeit und die Kindererziehung, d.h. der Widerspruch zwischen der vom Staat angekündigten Frauenemanzipation und der Realität der Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt.

Barrieren für eine wirksame Veränderung

Als die Wende begann, teilten die Feministinnen eine Reihe fester Überzeugungen, von denen sie sich in ihrer Strategie leiten ließen. Erstens erwarteten sie als Ergebnis der Wende eine reformierte und noch unabhängige DDR. Daher strebten sie die politische Vertretung im Rahmen dieses Staates über den Unabhängigen Frauenverband (UFV) an. Obwohl der UFV einen Sitz im Kabinett Modrow erhielt, bekamen die Feministinnen in den März-Wahlen so wenig Wählerstimmen, daß sie an politischem Einfluß einbüßten. Zweitens glaubten die Feministinnen, daß der Großteil der politischen und ökonomischen Strukturen in der DDR weiter funktionieren und eine aktive feministische Teilnahme erforderlich machen wird. Daher strebten sie Positionen innerhalb von Organi-

sationen an. Frauenforschungsinstitute, Gleichstellungsbüros und Frauenzentren wurden in erstaunlich kurzer Zeit gegründet. Durch die Vereinigung wurden die meisten solcher Neugründungen und ihre Etats jedoch bedroht. Die feministischen Organisationen mußten sich von der kreativen Politik umstellen auf das institutionelle Überleben.

Drittens – und darauf kommt es besonders an – nahmen die Feministinnen an, daß die grundlegenden Prinzipien des sozialistischen Staates (wie das Recht auf Arbeit) erhalten bleiben würden und konzentrierten sich innerhalb dieser Rahmenbedingungen auf Veränderungen im Interesse der Frauen. Weil man die Erwerbstätigkeit der Frau und die Kindereinrichtungen für selbstverständlich hielt, richtete die feministische Bewegung ihre Energie auf spezifische Reformen, die die bis jetzt automatisch den Frauen zugewiesene »zweite Schicht« umverteilen sollten. Sie forderte beispielsweise eine geschlechtsneutrale bzw. obligatorische Aufteilung des Babyjahrs und eine Arbeitszeitverkürzung für Männer und Frauen statt des Hausarbeitstags nur für Frauen. Die Vereinigung und der damit verbundene wirtschaftliche Zusammenbruch im Osten erzwangen jedoch andere Prioritäten als die Erhaltung der Kindereinrichtungen, den Kampf um die Gleichstellung bei Umschulung und die Bekräftigung des fortbestehenden Wunsches der Frauen nach gutbezahlter Arbeit.

Die Feministinnen der ehemaligen DDR stehen nun vor zwei neuen praktischen Problemen. Die eine Schwierigkeit besteht darin, daß die Ressourcen der sozialen Bewegungen (Intensität des Engagements, Risikobereitschaft) nicht direkt umsetzbar sind in Mittel zum Wahlsieg. Wie die amerikanische Frauenstimmrechtsbewegung (die man in den 20er Jahren für wirkungslos hielt, nachdem die Frauen nicht sofort als kohärenter Block von Wählerstimmen in Erscheinung traten), schien die ostdeutsche Frauenbewegung an Glaubwürdigkeit verloren zu haben, als sie in der Wahl nicht als Vertreterin der Meinung des Großteils der weiblichen Wähler wahrgenommen wurde. In beiden Fällen ist dies bestenfalls eine partielle Wahrheit. Die engagierte Teilnahme an Aktivitäten einer sozialen Bewegung und Wählerstimmen sind zwei ganz verschiedene Mobilisierungsstrategien. Sie spiegeln keine quantitativen Unterschiede wider. Obwohl auch feministische Überzeugung nicht immer zur Wahl des UFV führte, könnten sich solche Tendenzen aber in einer Vielzahl organisatorischer Zusammenhänge nach der Vereinigung als einflußreich erweisen, wie dies in den USA nach der Gewährung des Frauenstimmrechts der Fall war (vgl. Cott 1987). Vor einer zweiten Schwierigkeit stehen die Feministinnen der ehemaligen DDR,

wenn sie die praktischen Implikationen der BRD-Politik jetzt für ihre Lebensentwürfe bewerten müssen. Da die Familienpolitik in der BRD von der idealisierten Hausfrauenehe ausging und sich erst allmählich auf die Realität der Erwerbstätigkeit der Frau einstellte, widersprechen die Prämissen des Systems direkt ihrer früheren Erfahrung. Viele Frauen sind der Ansicht, daß das System der BRD sie vor ein neues Dilemma stellt: die Entscheidung zwischen Kind und Beruf für Frauen, die seit langem gewohnt sind, beides zu haben.

Eine Feministin formulierte das Problem folgendermaßen: »Entscheiden zu müssen zwischen Beruf und Baby: ich weiß nicht, wie ich gewählt hätte – und wie damit gelebt.« (Schwarz 1990a: 30) Da sie mit einem System konfrontiert

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Erfahrungen der DDR-Feministinnen bei der Mobilisierung der Frauenbewegung positive wie negative waren. Einerseits boten die vorhandenen Netzwerke den Frauen die Möglichkeit, ein oppositionelles Bewußtsein zu entwickeln und schnell Organisationen zu schaffen, die dem Feminismus eine Form gaben, wie er sie nirgendwo sonst in Osteuropa hat. Diese Forderungen nach einer gezielten Reform der DDR konzentrierten sich auf den Zugang der Frauen zur politischen Macht und die Einbeziehung der Männer in die Reproduktionsarbeit. Andererseits brachte der unaufhaltsame Prozeß der Vereinigung diese ersten Schritte in Richtung Reform zum Stillstand. Die Bemühung der Feministinnen, eine Alternative zur »Mut-

sind, in dem die Kosten des Kinderhabens unerwartet hoch sind, entscheiden sich jetzt verhältnismäßig wenige Frauen der ehemaligen DDR für Kinder; zwischen 1989 und 1991 ist die Geburtenrate um die Hälfte gesunken (Barringer 1991).

tipolitik« zu formulieren, wurde abgelöst vom Kampf um die Erhaltung der Erwerbstätigkeit überhaupt und die der Reproduktionsrechte, die sie für selbstverständlich gehalten hatten – ein Kampf, dessen Ausgang noch nicht entschieden ist.

Der Übergang zur kapitalistischen »Muttipolitik«

Die BRD ist in ihrer Sozialpolitik weit weniger großzügig gegenüber erwerbstätigen Müttern als es die DDR war, sie beruht aber gleichermaßen auf geschlechtsspezifischen Voraussetzungen. Es geht in der BRD jedoch weniger um die tägliche Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft. Vielmehr basiert in der BRD alles, von der Länge des Schultags bis zur Regelung der Ladenöffnungszeiten, auf der Voraussetzung, daß die Mütter tagsüber zur Verfügung stehen, um unbezahlte Arbeit für die Erhaltung ihrer Familie zu leisten (Ostner 1991). Diese geschlechtsspezifischen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wirken in Verbindung mit der hohen Arbeitslosigkeit im Osten dahingehend, daß die Frauen aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt werden. Die offiziellen Arbeitslosenquoten setzen das Ausmaß des Problems zu gering an, teilweise weil die Frauen, die ihren Platz in einer Kindereinrichtung verloren haben, offiziell nicht in der Lage sind, einer Arbeit nachzugehen und daher nicht als arbeitslos gelten (Kretzschmar 1990). Trotz dieser Unterschätzung zeigen selbst die offiziellen Statistiken, daß die Frauen überproportional ihren Arbeitsplatz verlieren und keinen neuen Arbeitsplatz angeboten bekommen. Schon im Juli 1990 waren beispielsweise in Berlin 53 % der Arbeitslosen Frauen; von den Arbeitslosen, die einen Arbeitsplatz angeboten bekamen, waren hingegen nur 29 % Frauen (Schenk 1990).

Da Deutschland keine mit wirksamen Sanktionen verbundenen Anti-Diskriminierungs-Gesetze hat, können selbst die staatlichen Arbeitsämter die Präferenz der Arbeitgeber für Männer berücksichtigen (Krautkrämer-Wagner 1989). Dies hat für Frauen verheerende Folgen, besonders da eine Reihe von Arbeitgebern es offen ablehnt, Frauen mit kleinen Kindern oder Frauen über 45 einzustellen (Gerhard 1990). Solche Tendenzen dürften wahrscheinlich zu dem Ergebnis führen, daß die Frauen vor allem von den besser bezahlten Positionen des Arbeitsmarkts ausgeschlossen werden, wie dies in den USA nach dem 2. Weltkrieg der Fall war. Da die Diskriminierung aufgrund des Alters nicht gesetzlich verboten ist, gibt es Fälle, in denen Frauen über 45 nicht an den Umschulungsprogrammen der Regierung teilnehmen dürfen, weil sie nicht mehr vermittelbar sind. Die westdeutsche Arbeitsschutzgesetzgebung gestattet es den Frauen nicht, im Baugewerbe und einigen anderen Branchen der Industrie tätig zu sein; dadurch werden die Frauen der ehemaligen DDR, die als Elektrikerinnen und Ingenieurinnen ausgebildet sind, auch

aus diesen Berufen gedrängt.

Obwohl die Finanzierung von vielen Kindertagesstätten im Osten auf Gemeindeebene zumindest für eine gewisse Zeit gesichert ist, bewegen sich die meisten Mütter von Kleinkindern nunmehr in folgendem Teufelskreis: Frauen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, können es sich nicht mehr leisten, die höher gewordenen Gebühren zu zahlen und nehmen ihre Kinder aus den Kindereinrichtungen; die Tagesstätte schließt, weil die Nachfrage ungenügend ist, und alle Mütter werden daraufhin als dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehend definiert, weil sie nicht nachweisen können, daß ihre Kinder versorgt sind (Kretzschmar 1990: 62). Die Gleichstellungsbeauftragten in den neuen Bundesländern versuchten die Frauen über diese zuvor nicht bedachten Folgen aufzuklären mit dem Ergebnis, daß sich die Nachfrage nach Plätzen in Kindereinrichtungen bis zum Sommer 1991 wieder stabilisiert hatte, obwohl die Arbeitslosenzahlen weiter anstiegen. Trotz der klaren Botschaft, daß die Frauen zu Hause bleiben und die Arbeitsplätze den Männern überlassen sollen, sehen die Frauen in der ehemaligen DDR die Erwerbstätigkeit weiterhin als ein wichtiges Lebensziel an. Die ideale Ehe ist nach wie vor »eine, in der beide Partner erwerbstätig und gleichermaßen in Familie und Haushalt einbezogen sind«, eine Ansicht, der 89 % zustimmen (Fremeray/Kupierschmid 1991). Der Verlust der sozialen Maßnahmen, auf die sich die meisten DDR-Frauen bisher verlassen hatten, ist ein ungeheurer Schock, der Rückzug auf ein rein häusliches Leben ist jedoch keine gangbare Alternative – die Löhne sind sehr niedrig, die Konsumerwartungen steigen, die Arbeitsplätze der Männer sind unsicher, und die Vorherrschaft des Modells des männlichen Ernährers geht auch im Westen ihrem Ende zu.

Der Fortbestand einer aktiven Frauenbewegung in Ostdeutschland ist zumindest ein Moment des Widerstands gegen die ökonomische Ausgrenzung der Frauen. Es wäre zu viel verlangt, von den kleinen und gegenwärtig demoralisierten Gruppen engagierter Feministinnen zu erwarten, daß sie kurzfristig großartige Veränderungen erzielen. Doch bringen die durch die Revolution des Jahres 1989 bewirkten neuen politischen Verhältnisse für sie sowohl Chancen als auch Kosten mit sich. Eine der vorrangigsten Aufgaben und besonders erfolgreichen Bemühungen der Feministinnen in der DDR ist es bisher gewesen, Treffpunkte und Kommunikationsmöglichkeiten zu schaffen. Feministische Informationszentren, Bibliotheken, Arbeitslosengruppen, Frauenforschungsinitiativen sind jetzt weit verbreitet und der Kampf um ihre Erhaltung bis jetzt erfolgreich.

Ermöglichen diese Mobilisierungsrourcen die Entwicklung einer neuen feministischen Analyse in den neuen Bundesländern? Wenn ja, welche Kritik wird sie der geschlechtsspezifischen Politik der BRD entgegensetzen können? Sich in einem neuen System zurechtfinden zu müssen, wirkt einerseits desorientierend und belastend, kann aber auch für sich genommen eine wirkungsvolle, bewußtseinsbildende Erfahrung sein, die es einzelnen Frauen ermöglicht, den Zusammenhang zwischen der staatlichen Politik und den persönlichen Schwierigkeiten lebhaft und direkt zu erfahren. Die Tatsache, daß es eine staatliche Entscheidung ist, Kindereinrichtungen zu finanzieren oder auch nicht, ist jetzt unmittelbar verbunden mit den eigenen Möglichkeiten, weiterhin erwerbstätig bleiben zu können. In diesem Zusammenhang sollte das Potential der Infragestellung der staatlich gelenkten Politik »für Frauen« durch die Formulierung eigenständiger Interessen »als Frauen« nicht unterschätzt werden. Weil die Debatte in der ehemaligen DDR über das richtige politische Programm des Feminismus gerade erst begonnen hat, läßt sich nur schwer vorher sagen, in welche Richtung es sich entwickeln wird. Es sind aber heute schon Anzeichen dafür vorhanden, daß der ostdeutsche Feminismus eine Perspektive entwickelt, die sowohl Gemeinsamkeiten mit als auch Unterschiede zu der Art Feminismus aufweist, der sich in den letzten zwanzig Jahren in der BRD entwickelt hat.

Wie auch die Feministinnen in der BRD, begannen die Feministinnen in der DDR mit der Behauptung ihrer Autonomie. Obwohl sich der Staat als eine Institution präsentierte, die die *Bedürfnisse* der Frauen berücksichtigt, stellten die Frauen selbst diese Definition in Frage und kämpften, um ihre eigenen *Interessen* zu artikulieren. Die Vereinigung und die neuen geschlechtsspezifischen politischen Maßnahmen, die sie mit sich brachte, haben Probleme geschaffen, die das im Rahmen des alten Systems gebildete Bewußtsein nie in Betracht gezogen hatte. Die in den letzten Jahren geschaffene feministische Infrastruktur schafft das Potential für eine neue Mobilisierung, da die Frauen ihre jetzigen Interessen zu entdecken beginnen, besonders in bezug auf politische Maßnahmen, die für sie noch neu sind.

Im Unterschied zu den Frauen in der BRD haben die Frauen in der DDR Erfahrungen mit einer Vielzahl von Anreizen gemacht, die Frauen dazu ermutigten, Erwerbstätigkeit und Mutterschaft zu vereinbaren sowie mit praktischen Erleichterungen für diejenigen Frauen, die dies taten. Aufgrund dieser Politik stehen sie besonderen Maßnahmen für Frauen skeptischer gegenüber. Dies ist ein Dilemma, das auch in der Geschichte

der Mutterschutzgesetzgebung vor-
kommt: Politische Maßnahmen, die po-
sitive Wirkungen haben, indem sie die
Belastungen für viele Frauen verringern,
sind auch mit hohen Kosten verbunden,
da sie die offizielle wie die verdeckte
Diskriminierung aufgrund des Ge-
schlechts rechtfertigen. Die Strategie der
Gleichberechtigung ohne Ausgleich für
die Übernahme der Verantwortung für
die Familie durch den Mann oder die
Frau bringt gleichzeitig auch Kosten mit
sich, was auch in den USA zunehmend
zutage tritt (vgl. Schneider 1990). Die
Zunahme der Geschlechtertrennung und
-diskriminierung als Ergebnis der ost-
deutschen »Muttipolitik« war einer der
Gründe, aus denen die sozialistische Be-
freiung der Frau von den ostdeutschen
Frauen als zu wenig feministisch kriti-
siert worden ist.

Die Feministinnen der ehemaligen DDR
weisen jetzt darauf hin, daß die soziali-
stische Politik der Leistung der unbe-
zahlten Reproduktionsarbeit keinen po-
sitiven Beitrag zur Entwicklung der
menschlichen Persönlichkeit zugemessen
hat (Nickel 1990b). So wurde die Diffe-
renz der Frauen gegenüber den Männern
nach wie vor als Mangel definiert. Auch
gab die sozialistische Theorie keine
theoretische Begründung dafür, warum
die Männer sich an der Reproduktions-
arbeit beteiligen (und es wollen) sollten
bzw. warum Männer auch typische
Frauenberufe ergreifen sollten. Die so-
zialistische Praxis stellte infolgedessen
die Arbeitsteilung zwischen den Ge-
schlechtern mitnichten in Frage. Die
DDR erkannte zwar die Notwendigkeit
der Reproduktionsarbeit für die Gesell-
schaft an, allerdings in einer Form, daß
die Verantwortung dafür allein bei den
Frauen lag, und zementierte durch ihre
Politik ein instrumentelles und patriar-
chales Verständnis der Rolle der Frau.
Die autonomen Feministinnen der ehe-
maligen DDR, die diese Arbeitsteilung
kritisieren, betonen aber auch die posi-
tiven Werte und Perspektiven der Repro-
duktionsarbeit für Männer wie auch für
Frauen. Sie unterstreichen (aus meiner
Sicht weitaus stärker als die Feministin-
nen in der BRD) die nötigen Änderun-
gen in der *männlichen* Normalbiograp-
hie: die Männer brauchen Zeit für die
Familie, und sie sollen sich aktiv an der
Kindererziehung und Hausarbeit betei-
ligen. Weil sie als Feministinnen besonde-
re Erfahrungen mit dem »real existieren-
den Sozialismus« gemacht haben, könn-
te es ihnen gelingen, über die alte For-
mulierung der »Frauenfrage« im Sozial-
ismus hinauszugehen und eine neue
»soziale Frage« aufzuwerfen: Wie kann
die Sozialpolitik zur Überwindung der
Arbeitsteilung zwischen den Geschlech-
tern in der produktiven und der Repro-
duktionsarbeit beitragen?

(Übersetzung: Dr. Barbara Brumm)

Anmerkung

¹ Die Forschungsarbeiten, über die hier be-
richtet wird, wurden mit Unterstützung des
Forschungsstipendiums 3-53621 vom Ger-
man Marshall Fund of the United States
durchgeführt. Viele Anregungen zu diesem
Aufsatz verdanke ich früheren ausführli-
chen Kommentaren von Regina Becker-
Schmidt, Irene Dölling, Christel Eckart, Jo
Freeman, Ute Gerhard, Davita Glasberg,
Margit Mayer, Verta Taylor, Gaye Tuch-
man, Lise Vogel, Jane Wilkie und Brigitte
Young. Für die Unzulänglichkeiten der
vorliegenden Fassung bin ich jedoch allein
verantwortlich.

Literatur

- Barringer, Felicity.** 1991. »Birth rates plum-
meting in some ex-communist regions of
Eastern Europe.« New York Times (31.
Dezember): A3.
- Bastian, Katrin; Evi Labsch, Sylvia Müller.**
1990. »Zur Situation von Frauen als Ar-
beitskraft in der Geschichte der DDR.«
Erstmals veröffentlicht in: Zaunreiterin
(Leipzig), Wiederabdruck in: Streit 2.
S. 59–67
- Berghahn, Sabine; Andrea Fritzsche.** 1990.
»Bringt neues Recht mehr Frauenrecht?«
Gleichstellungspolitik in der DDR und der
BRD. Humboldt-Universität Berlin, Zen-
trum interdisziplinärer Frauenforschung.
- Bertram, Barbara.** 1990. »Berufswahl und
berufliche Lebensentwürfe von Frauen in
der DDR.« In: Sabine Gensior, Frederike
Maier, Gabriele Winter (Hg.): Soziale Lage
und Arbeit von Frauen in der DDR. Pa-
derborn: Arbeitskreis Sozialwissenschaftli-
che Marktforschung. S. 16–25
- Cott, Nancy.** 1987. The Grounding of Mo-
dern Feminism. New Haven, Ct.
- Dölling, Irene.** 1990. »Frauen- und Männer-
bilder. Eine Analyse von Fotos in DDR-
Zeitschriften.« Feministische Studien 8 (1).
S. 35–49
- Ehrhardt, Gisela.** 1990. »Frauen und Karrie-
re.« In: Schwarz, G./Zenner, Ch. (Hg.), a.
a. O., S. 120–131
- Einhorn, Barbara.** 1989. »Socialist emanci-
pation: The women's movement in the
German Democratic Republic.« In: Sonia
Kruks; Rayna Rapp; Marilyn Young
(Hg.): Promissory Notes: Women in the
Transition to Socialism. New York: Mon-
thly Review Press. S. 282–305
- Fremerey, Ulrike; Peter Kupierschmid.**
1991. »Materialien zur Frauenpolitik:
Frauen in den neuen Bundesländern im
Prozeß der deutschen Einigung.« Bonn:
Bundesministerium für Frauen und Jugend.
- Friedan, Betty.** 1981. The Second Stage.
New York
- Gabriel, Birgit.** 1991. »Was ist aus den
selbstbewußten DDR-Frauen geworden?«
Eröffnungsreferat der Vierten Frauenwo-
che, Würzburg
- Gerhard, Ute.** 1990. »Sozialpolitik ohne Al-
ternative: Die sozialen Kosten der Vereini-
gung.« Referat auf dem Deutschen Sozio-
logentag, Frankfurt am Main
- Gysi, Jutta.** 1990. »Frauen in Partnerschaft
und Familie.« In: Schwarz, G./Zenner, Ch.
(Hg.), a. a. O., S. 90–119
- Hampele, Anne.** 1991. »Der Unabhängige
Frauenverband.« In: Helmut Müller-En-
bergs; Marianne Schultz, Jan Wielgoß
(Hg.): Von der Illegalität ins Parlament.
Berlin, S. 221–282
- Kahlau, Cordula (Hg.).** 1990. Aufbruch!
Frauenbewegung in der DDR. München
- Krautkrämer-Wagner, Uta.** 1989. Die Ver-
staatlichung der Frauenfrage: Gleichstel-
lungsinstitutionen der Bundesländer? Mög-
lichkeiten und Grenzen staatlicher Frauen-
politik. Bielefeld
- Kretzschmar, Ute.** 1990. »Gleichstellung
statt Gleichberechtigung.« In: Schwarz,
G./Zenner, Ch. (Hg.), a. a. O., S. 56–72
- Malek-Levy, Eva.** 1990. »Gleichstellung con-
tra Patriarchat.« In: Gleichstellungspolitik
in der DDR und der BRD. Humboldt-
Universität Berlin: Zentrum interdisziplinä-
rer Frauenforschung. S. 14–44
- Merkel, Ina.** 1990. »Frauenpolitische Strate-
gien in der DDR.« In: Sabine Gensior,
Frederike Maier, Gabriele Winter (Hg.):
Soziale Lage und Arbeit von Frauen in der
DDR. Paderborn: Arbeitskreis Sozialwis-
senschaftliche Arbeitsmarktforschung. S.
56–70
- Merkel, Ina et al. (Hg.)** 1990. Ohne Frauen
ist kein Staat zu machen. Hamburg
- Nickel, Hildegard Maria.** 1990a.
»Geschlechtertrennung durch Arbeitstei-
lung: Berufs- und Familienarbeit in der
DDR.« Feministische Studien 8 (1), S. 10–
19
- Nickel, Hildegard Maria.** 1990b. »Frauen
und soziale Risiken: Versuch einer Bilanz.«
Referat auf dem Deutschen Soziologentag,
Frankfurt am Main
- Penrose, Virginia.** 1990. »Vierzig Jahre SED-
Politik: Ziele, Strategien und Ergebnisse.«
IFG: Frauenforschung (4), S. 60–77
- Röth, Uta.** 1990. »Die klassenlose Gretchen-
frage.« In: Schwarz, G./Zenner, Ch. (Hg.),
a. a. O., S. 132–144
- Schenk, Sabine.** 1990. »Gleichstellungspoli-
tik und geschlechtsspezifische Arbeitstei-
lung: Erwerbstätige Frauen in der DDR.«
In: Gleichstellungspolitik in der DDR und
der BRD. Humboldt-Universität Berlin:
Zentrum interdisziplinärer Frauenfor-
schung. S. 45–60
- Schneider, Elizabeth.** 1990. »The dialectic of
rights and politics: Perspectives from the
women's movement.« In: Linda Gordon
(Hg.): Women, the State and Welfare. Ma-
dison, Wi., S. 226–249
- Schwarz, Gislinde.** 1990a. »Abschied von
der DDR.« Emma, Okt.
- Schwarz, Gislinde.** 1990b. »Aufbruch der
Hexen.« In: Cordula Kahlau (Hg.): Auf-
bruch! Frauenbewegung in der DDR.
München, S. 8–24
- Schwarz, Gislinde, Christine Zenner (Hg.).**
1990. Wir wollen mehr als ein Vaterland:
DDR-Frauen im Aufbruch. Reinbek bei
Hamburg
- Tröger, Annemarie.** 1990. »Brief an eine
französische Freundin: Die Intelligenz in
der Wende – Gedanken zu den Verände-
rungen in der DDR.« Feministische Stu-
dien 8 (1), S. 113–122
- Weber-Herfort, Christine.** 1990. »Der freie
Fall in den Frühkapitalismus.« Die Tages-
zeitung. (14. Nov.)
- Wrege, Henriette.** 1990. »Neue Frauen hat
die DDR.« Emma (Jan.)

